



**Geschäftsführung
Ausschuss für Anregungen und
Beschwerden**

Frau Dederichs

Telefon: (0221) 26144

Fax : (0221)

E-Mail: Andrea.Dederichs@stadt-koeln.de

Datum: 17.05.2019

**Auszug
aus der Niederschrift der 33. Sitzung des Ausschusses für
Anregungen und Beschwerden vom 14.05.2019**

öffentlich

**3.2 Bürgereingabe gem. § 24 GO NRW, betr. Resolution zur Ausrufung des
Climate Emergency - Az. 69/19 B
1223/2019**

Einer der Petenten stellt die Eingabe vor. Er erklärt, dass trotz jahrelanger Diskussion und guter Vorsätze die globalen Emissionen immer neue Rekordwerte erreichen würden. Die Kohlendioxid-Emission sei die höchste seit drei Millionen Jahren, die letzten vier Jahre seien die heißesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen, über eine Million Arten sei akut vom Aussterben bedroht, weltweit seien die Korallenriffe nicht mehr zu retten. CO₂ reiche sich über 100 Jahre in der Atmosphäre an. Da sich Maßnahmen gegen den Klimawandel nicht nachholen ließen, halte er ein sofortiges Handeln für unerlässlich. Jeder Tag, an dem unnötig Treibhausgase in die Atmosphäre geblasen werden, verringere die Wahrscheinlichkeit, eine Klimaerwärmung um 1,5 Grad abzuwenden. „Wir sind die erste Generation, die die Auswirkungen des Klimawandels spürt und gleichzeitig die letzte Generation, die noch etwas dagegen tun kann.“ (Zitat: Barack Obama, 2015) Bereits 450 Städte auf der ganzen Welt nehmen diese Verantwortung an und haben inzwischen den Klimanotstand erklärt und es werden täglich mehr. Der Klimawandel sei laut aktuellen Zahlen des ZDF-Politbarometers zum ersten Mal das wichtigste Problem in Deutschland, die Aufmerksamkeit für das Problem habe seit Jahresbeginn um 20 % zugenommen. Selbst wenn sich aus dem Begriff Klimanotstand nicht direkt juristische Verpflichtungen ableiten ließen und er nur symbolisch verstanden werde, so bringe er für die Stadt Köln die moralische Verantwortung mit sich, aus diesem Notstand auch konkrete Maßnahmen abzuleiten. Die Stadt Köln erkenne durch das Ausrufen des Klimanotstandes an, dass es sich um eine existentielle Krise handele, die ein unverzügliches Handeln erfordere. Die Eindämmung des Klimawandels sei eine Aufgabe von höchster Priorität. Eine Ablehnung der Eingabe, würde die verheerende Botschaft senden, dass der Rat der Stadt Köln ein sofortiges Handeln für nicht erforderlich halte.

Frau Dr. Möhlendick bedankt sich für die Eingabe und bestätigt die ernsthafte Lage. Als Koordinatorin für den Klimaschutz für die Stadt Köln stehe sie hinter den Forderungen der Petenten. Die Vorlage soll zur Diskussion in den Ausschuss Umwelt und Grün sowie letztendlich in den Rat verwiesen werden. Angesichts der deutschen Notstandsgesetzgebung sei es gegebenenfalls kritisch den Klimanotstand auszurufen, hierzu erfolge eine weitere stadtinterne Beratung. Jeder Kölner habe einen Fußabdruck von fast zehn Tonnen CO₂. Die Stadt Köln müsse die CO₂ Emission bis 2020 um 300.000 Tonnen reduzieren, das bedeutet z.B. 160.000 PKWs weniger in der Stadt. Bis 2030 müsse der Fußabdruck von bisher zehn Tonnen auf circa sechs Tonnen reduziert werden. In dem im Februar im Rat beschlossenen Klimaschutzprogramm sei aufgeführt, wie man das Ziel erreichen könne. Bei allen Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsprojekten sei die Koordinationsstelle Klimaschutz nun aktiv beteiligt. Im Bereich Mobilität habe das Verkehrsdezernat gerade einen Masterplan Greencity aufgesetzt, der auf NO_x-Luftqualität ausgerichtet sei. Es werde die Übertragbarkeit für den Klimaschutz überprüft und danach darüber hinausgehende Maßnahmen. Photovoltaikanlagen auf öffentlichen und privaten Gebäuden würden mit einem Förderprogramm gefördert und Ansprechpartner etabliert. Als weitere Maßnahme soll eine strategische Energieplanung implementiert werden. Man orientiere sich am Bericht des IPCC. Um den Rad- und Fußverkehr zu fördern, müssten finanzielle Mittel bereitgestellt werden, damit die notwendigen Investitionen erfolgen können. Bei den Wirtschaftlichkeitsberechnungen müsse CO₂ berücksichtigt werden. Über die dritte und vierte Forderung der Eingabe müsse im Rat entschieden werden. Die Stadt Köln habe 2018 und 2019 den Vorsitz im Klimabündnis und könne damit auch die europäische Politik mehr mitgestalten.

Frau Prof. Dr. Killersreiter, Grüne, empfindet eine rechtliche begriffliche Prüfung des Climate Emergency mühsam. Die alten Notstandsgesetze kenne wahrscheinlich die Hälfte der Bevölkerung nicht mehr. In der Vorlage stehe nicht, dass diese in den Rat gehe, daher soll das entsprechend im Beschluss ergänzt werden und die Vorlage bestenfalls in der nächsten Ratssitzung beraten werden. Klimaschutz sei nicht nur eine Sache von Köln oder Europa, sondern von der ganzen Welt und bedrohe gerade die Entwicklungsländer existentiell. Es werde heute schon über die Auswirkungen von Klimaflüchtlingen auf Europa diskutiert. Man hätte sich gewünscht, dass die vier Forderungen aus der Eingabe in den Beschluss aufgenommen würden. Auch persönlich habe die Eingabe sie nachdenklich gemacht, da sie –wie vermutlich viele andere - gerne durch die Welt reise. Es gehe bei den Diskussionen immer um den Konflikt zwischen Arbeitsplätzen und Klimaschutz. Dabei müsse bedacht werden, dass es nicht um den momentanen Stand gehe, sondern um die Menschen, die nach uns kommen. Daher begrüße sie eine messbare Umsetzung der Forderungen.

Frau Frebel, SPD, erklärt, dass der Klimawandel nicht nur eine gesundheitliche und wirtschaftliche Sicherheitsfrage sei, sondern der Umgang mit der Natur die soziale Frage der kommenden Jahrhunderte. Die Menschen ließen die Natur von der Erde verschwinden. In jeder Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün wird das Thema Klimaschutz beraten und es sei schon vieles auf den Weg gebracht worden, um die Risiken zu minimieren. Für diese Arbeit habe die Stadt Köln die Auszeichnung Klimaaktive Kommune 2018 erhalten. Wichtige Themen in den nächsten beiden Jahren seien die Reduzierung von Strom- und Energieverbrauch. Köln sei auf dem richtigen Weg. Sie bedankt sich herzlich bei den Petenten für die Eingabe und spricht sich für eine Verweisung in den Ausschuss Umwelt und Grün aus.

Frau Stahlhofen, Die Linke, weist auf Anlage 2 der Vorlage, das Protokoll der Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün vom 21.03.2019 hin. Der Antrag der Ratsgruppe Bunt betreffend „Fridays For Future“ – Solidarität mit den Kölner Schüler*innen sei mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD und der Linken abgelehnt worden. Daher sei sie über die Diskussion hier erstaunt. Es sei zwar vieles auf den Weg gebracht, doch hapere es an der Umsetzung. Im Rat ginge es nachher um wirtschaftliche Interessen, um Arbeitsplätze und nicht mehr um den Klimaschutz.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, erläutert das Abstimmungsverhalten. Im Ausschuss Umwelt und Grün sei es darum gegangen, ob man den Schülern erlaube, den Unterricht zu schwänzen. Man habe sich dagegen ausgesprochen, da eine Regelverletzung notwendig sei, um bestimmte wichtige Dinge deutlich zu machen.

Herr Hauser, Grüne, bittet die Eingabe auch dadurch zu würdigen, dass man sich in der Diskussion auf die vorliegende Eingabe beschränkt. Er spricht sich dafür aus, die Forderungen der Petenten zu übernehmen und direkt an den Rat zu verweisen.

Frau Domke, FDP, bekräftigt, dass sich alle darüber einig seien, dass der Klimaschutz von hoher Bedeutung sei. Jeder könne zu Verbesserungen beitragen. Sie spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus, zunächst in den Ausschuss Umwelt und Grün zu verweisen und danach in den Rat.

Nach Diskussion einigt man sich auf folgende Ergänzung des Beschlusses:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petentinnen und Petenten für ihre Eingaben.

Der Ausschuss verweist die Eingabe an den zuständigen Fachausschuss für Umwelt und Grün **und empfiehlt dringend, dass der Ausschuss für Umwelt und Grün die Eingabe zur Beratung in den Rat gibt.**

Eine Petentin fragt, ob die Petenten im Ausschuss Umwelt und Grün nochmals ein Rederecht erhalten.

Herr Thelen, Ausschussvorsitzender, sagt zu, dies mit dem Ausschussvorsitzenden des Ausschuss Umwelt und Grün zu besprechen, weil es dort eine Ausnahme sei, ein Rederecht einzuräumen.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist auf die Besonderheit hin, dass die Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen nur für den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden ein Rederecht einräumt. In diesem Ausschuss gehört es zum normalen Verfahren, während es in anderen Ausschüssen eine große Ausnahme sei.

ergänzter Beschluss:

Der Ausschuss für Anregungen und Beschwerden dankt den Petentinnen und Petenten für ihre Eingaben.

Der Ausschuss verweist die Eingabe an den zuständigen Fachausschuss für Umwelt und Grün **und empfiehlt dringend, dass der Ausschuss für Umwelt und Grün die Eingabe zur Beratung in den Rat gibt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt